

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Der Kongress schwebt  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092943>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der Kongress schwebt

**In Belgrad hat der Bund der Kommunisten Jugoslawiens einen ausserordentlichen Kongress abgehalten, der unterbrochen und sine die vertagt worden ist. Der Grund war der Auszug der slowenischen Delegierten. Und das wiederum spiegelt die Krise, in die Jugoslawien als Bundesstaat gekommen ist. Er droht auseinanderzufallen.**

Jugoslawien ist ein Vielvölkerstaat mit sechs anerkannten «Nationen», die ihre je eigene Republik haben, mit zehn «Nationalitäten» (Volksgruppen) und den zwei «ethnischen Gruppen» der Walachen und Roma (Zigeuner). Man braucht keiner dieser Gliederungen anzugehören, sondern kann sich auch im Sinne der Volkszugehörigkeit als «Jugoslawe» registrieren lassen.

Im Unterschied zu andern kommunistisch regierten Staaten ist der verfassungsmässig föderative Status des Landes mit seinen sechs Teilrepubliken (und seinen zwei zu Serbien gehörenden Autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina) keine Fiktion, son-

dern Wirklichkeit (siehe dazu Silvo Devetak: *The Equality of Nations and Nationalities in Yugoslavia*, Wien 1988).

### Maximale Rechte der Teilrepubliken . . .

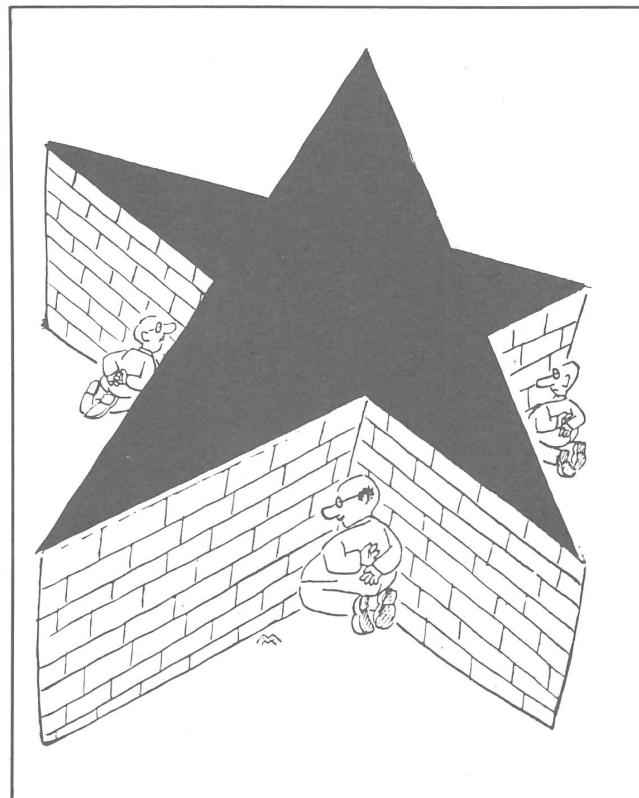
Den föderativen Weg ging Jugoslawien ab 1948, nachdem es aus dem Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) ausgeschlossen worden war. Zusammen mit dem, was nach damaligen Begriffen eine gesellschaftliche Liberalisierung war, kam es zu einer Regelung im Zusammenleben der Völker. Den Höhepunkt der diesbezüglichen Entwicklung brachte die Verfassung vom 21. Februar 1974. Sie gab den Teilrepubliken so viele Kompetenzen, dass sich die Vereinbarkeitsfrage mit dem kommunistischen Einparteiensstaat stellen musste. Nach dem Tod Titos 1980 und dem Zerfall der durch ihn persönlich garantierten zentralen Autorität regten sich denn auch die zentrifugalen Kräfte, und heute führen sie die Zerreisprobe her.

Den juristischen Höhepunkt der Entwicklung stellte die Verfassung von 1974 insofern dar, als sie entscheidende Kompetenzen von der Föderation an ihre Mitglieder delegierte. Für jegliche Verfassungsänderung ist seither die Zustimmung aller sechs Republikparlamente erforderlich und sogar die separate Zustimmung der zwei Autonomen Provinzen in Serbien (was die Serben heute als völlig überrissen betrachten).

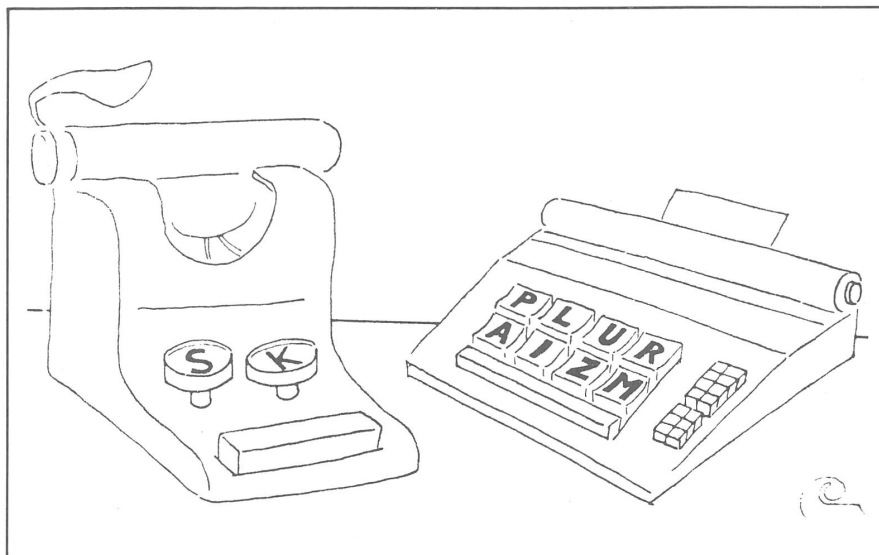
Schon 1971 war den staatlichen Einheiten ein Vetorecht gegen zentrale Beschlüsse eingeräumt worden, und dazu kam noch ein spezifischer Präzedenzfall für ein sozialistisches (kommunistisch geführtes) Land: eine analoge Regelung bestand auch für die Partei. Jede Gliedstaatenpartei konnte ihr einstweiliges Veto gegen Beschlüsse der zentralen Parteiführung einlegen. Die Streitsituation, in der sich heute, im fünften Jahr der Perestrojka, die litauische KP und die KPdSU befinden, hat einen ungefähren jugoslawischen Vorläufer seit nahezu zwanzig Jahren.

### In dieser Nummer

Kosovo: Krieg oder Kompromiss . . . . .	5
Die Zerreisprobe	
Die Ukrainer rücken nach . . . . .	6
Nationales Erwachen säkular und kirchlich	
Der Haupttrend für morgen . . . . .	8
Die Reformbewegung in Osteuropa	
Reformen in der Sowjetunion . . . . .	9
Unsere periodische Rubrik	
Zitiert . . . . .	10
Die überholten Kurssetzer	
Desolate Trinkwassersituation . . . . .	11
Gewässerverschmutzung in der DDR	
Kommunistisches Paradies Schweiz? . . . . .	12
Eine sowjetische Zeitschrift stellt die Sozialismusfrage neu	
Konfuzius und die DDR . . . . .	13
Zur nötigen Perestrojka der Semantik	
2 Schicksalsschlacht . . . . .	14
Jacques Baumgartner über Angola	



«Borba», Belgrad,  
27. 1. 1990



Die serbischen Kommunisten versus Pluralismus. («Borba», Belgrad, 26. 1. 1990)

Die Partei selbst hatte in Belgrad mit einem ZK-Exekutivkomiteebeschluss 1959 die Weichen auch für den Staat in diese Richtung gestellt. Es postulierte unabdingbare Identitätsrechte für die nationalen Minderheiten in den jeweiligen Nationen, verlangte einen annähernden nationalen Proporz in allen gesamtstaatlichen Führungsgremien, die Zweisprachigkeit sämtlicher Institutionen in doppelsprachigen Gebieten und so weiter. Die Partei sah in alledem eine Erleichterung im Umgang mit der jeweiligen Bevölkerung und keine Bedrohung. Titos Machtfülle war unantastbar, und der keineswegs föderative Sicherheitsdienst konnte jedermann zur Raison oder schlimmstenfalls zu Tode bringen, der auf den Gedanken gekommen wäre, seine Rechte zu «missbrauchen».

Die Verfassung von 1974 verfestigte formell Selbstverwaltung und Dezentralisierung. Sie garantierte das Recht auf muttersprachlichen Unterricht vom Kindergarten an bis zur Universität. Gleichzeitig erklärte sie alle Sprachen sowohl der Nationen als auch der Nationalitäten für gleichberechtigt. Damit sind diese Sprachen alle auch für den amtlichen Gebrauch zugelassen. In Kroatien, Mazedonien und Slowenien gibt es eigene Nationalitätenkomitees bei den örtlichen Organen der Arbeiterselbstverwaltung, deren Statuten von dieser verfassungsrechtlichen Möglichkeit auch Gebrauch machen.

Laut Artikel 64 sind die Nationalitäten auf ihren Territorien mit der jeweiligen Staatsnation in allen lokalen Angelegenheiten gleichberechtigt. Und in Artikel 247 heisst es, dass zum (alleinigen) Zwecke der nationalen Selbstverwirklichung (usw.) auch ein Recht auf Gründung von entsprechenden Organisationen bestehe. Damit war die Gründung von politischen Oppositionsgruppen und dergleichen zwar ausgeschlossen, aber gleichzeitig war die nationale Tarnung

für politisch gemeinte Gruppierungen geradezu einladend vorgegeben.

### ... leiden an Überbeanspruchung

Auf jeden Fall hat die Verfassung von 1974 die Kompetenzen von Republiken und Autonomen Provinzen so erweitert, dass eine zentrale Lenkung von Politik und Wirtschaft direkt verunmöglicht werden kann, wenn die beteiligten Partner ihre verfassungsmässigen Rechte voll in Anspruch nehmen. Solange Tito lebte, konnte er mit den Mitteln einer funktionierenden Diktatur dafür sorgen, dass sich die nationale Selbstverwirklichung im folkloristischen Rahmen hielt. Das aber liess sich nach seinem Tod immer weniger gewährleisten, und heute entfalten die (eigentlich übertriebenen) Souveränitätsrechte der föderativen Gliederungen ihre volle politische Brisanz.

Wie gesagt stellt die Verfassung (Art. 45) die Nationalitäten den Nationen gleich, und auch den beiden autonomen Provinzen in Serbien sind weitgehende Rechte zugesichert. Dass diese auch praktisch in Anspruch genommen werden können, ist im Falle von Kosovo in den letzten Jahren klar geworden, und seit 1987 versucht Serbien die diesbezüglichen Bestimmungen ausser Kraft zu setzen. Die Serben sind die grösste Nation, und die Pattsituation der jugoslawischen Föderation hat als «Gegengift» den grossserbischen Reflex ausgelöst, der auch auf Kosten aller andern Gliedstaaten geht.

Die serbischen Schwierigkeiten mit den Albanern in Kosovo sind heute durch die Probleme überholt, die sich im Zusammenleben der eigentlichen Staatsnationen erge-

Fortsetzung auf Seite 4

## LIEBE LESER

«Weg mit den Faschisten!» Das war auf Transparenten zu lesen, welche am 4. Februar auf der Moskauer Grosskundgebung mitgeführt wurden. Mit dem Ausdruck «Faschisten» wurden jene Leute vom Zentralkomitee bedacht, die am Einparteiensystem und am Marxismus-Leninismus festhalten wollen. Das könnte nebenbei ein Denkanstoss für jene hiesigen Leute sein, welche Marxismus und Faschismus als Gegensätze hinzustellen beliebten (oder es immer noch tun). Wider besseres Wissen übrigens, denn sonst hätten sie nicht gleichzeitig den Ausdruck «Nationalsozialismus» gescheut, wenn sie vom «Hitlerfaschismus» redeten.

Die Moskauer Demonstration von präzedenzlosem Ausmass vor der krisenhaften Tagung des KPdSU-Zentralkomitees dieser Woche machte noch etwas einsichtig: Die vielen Sowjetbürger, die von der Perestrojka schwer enttäuscht sind, weil sie wirtschaftlich nichts gebracht hat ausser noch mehr Warenmangel und Teuerung, sehnen sich «deshalb» noch keineswegs automatisch zurück in die vermeintliche Geborgenheit des autoritären Systems gehabter Art. Sicher gibt es solche, deren Reflexe so spielen, aber ein strassenkundig grosser Teil der Bevölkerung reagiert umgekehrt und macht Druck für eine Wende im osteuropäischen Sinn. Und Massenappeal haben diese Kräfte nicht nur im Baltikum, sondern eben auch in Russland. Die Alternative «Reformen oder Restauration» ist schwächer geworden gegenüber der Alternative «Wende oder Revolution». Der Wunsch, von einer Diktatur wegzukommen, ist nicht nur ausgewählten Völkern eigen, sondern der Gattung Mensch. Er kommt nicht immer gleich stark zum Ausdruck, aber jetzt begünstigt ihn die Zeit.

In den osteuropäischen Ländern hat er sich so gut wie durchgesetzt. Zu den relativen Nachzügler gehören die Bulgaren, aber auch von ihnen kann es sich lohnen, Denkanstösse aufzunehmen. Der neue Ministerpräsident Lukanow äusserte sich bei einem Interview in Davos über seine Vorstellungen von der politischen Zukunft seines Landes. Und zwar so, dass ihn der schweizerische Gesprächspartner interpellierte: «Aber da denken Sie doch offenbar an eine Demokratie westlichen Typs...» Und es war am kommunistischen Führer, die Antwort zu geben: «Das gibt es nicht. Die Demokratie ist universell, und anders als pluralistisch und rechtsstaatlich kann sie nicht sein.»

So viel für die Westler, welche der bürgerlichen Demokratie die sozialistische Demokratie entgegenzustellen liebten. Jetzt werden sie sitzen gelassen, was sie als Sitzengebliebene offenbart. Christian Brügger

## Jugoslawien

Fortsetzung von Seite 3

ben. Insbesondere ist Serbien heute mit den nächstwichtigen Teilrepubliken konfrontiert, mit Kroatien und Slowenien.

### Der grossserbische Reflex

Nationale Schwierigkeiten in Jugoslawien waren schon in der Zwischenkriegszeit dadurch «gelöst» worden, dass sich die Serben (damals mit Hilfe eines Königs, der die konstitutionelle Monarchie in eine Diktatur umwandelte) faktisch das Machtmonopol aneigneten, und der serbische Chauvinismus hat 1988/89 eine eigentliche Renaissance erlebt. Die Stütze der Serben ist dabei nicht mehr wie früher die Monarchie, sondern das kommunistische Einparteiensystem. Das führt die Anhänger der Parteidiktatur zum Schulterschluss mit den Anhängern der serbischen Vorherrschaft, während umgekehrt in den andern Republiken die Tendenz zur gesellschaftlichen Emanzipation parallel geht mit den Bestrebungen zur nationalen Unabhängigkeit.

Das ist in Kroatien und vor allem in Slowenien deutlich geworden. Dort funktionieren bereits registrierte (und noch häufiger nicht registrierte) Parteien und Gruppierungen; die Entwicklung läuft eindeutig in Richtung auf politischen Pluralismus. Mutatis mutandis lässt sich das mit dem Verhältnis der Russen zu den Balten vergleichen, bei denen die gesellschaftlich verstandene Perestrojka ebenfalls am weitesten gediehen ist. So deckt sich der Konflikt zwischen Serben und Nichtserben teilweise mit dem Konflikt zwischen Diktatur und Demokratie. Das ist nur eine Faustregel, aber sie ist zum Verständnis der aktuellen Auseinandersetzungen brauchbar.

Tatsächlich hat dieses Zusammenspiel seine Logik. Die Föderation bedeutet eine erst juristische und dann auch faktische Dezentralisation der Macht, und als Garant der Einheit bietet sich nur die Partei an, deren

führende Rolle in der Verfassung in mehreren Artikeln festgeschrieben ist. Allerdings hat die Entwicklung folgerichtig auch zur Dezentralisierung der Partei geführt, deren Aufbau ebenfalls föderalistisch angelegt ist.

### Partei als Klammer

Die gesamtjugoslawische KP hatte sich seinerzeit als einheitliche bis monolithische Organisation ausgedehnt, und ihre karriereverbundenen Kader hielten über die Republikgrenzen hinweg zusammen. Aber in den letzten Jahren hat das Eigengewicht der jeweiligen Parteien in den sechs Teilrepubliken zugenommen. Die slowenischen Kommunisten betrachten sich insofern als unabhängig, als sie Beschlüsse der Gesamtpartei nur unter dem Vorbehalt ihrer eigenen Zustimmung akzeptieren. Nach ihrer Auffassung ist der Bund der Kommunisten Jugoslawiens eine reine Dachorganisation ohne Befehlsgewalt über die sechs KP der einzelnen Republiken.

Die slowenische KP dokumentierte ihre Unabhängigkeit schon letztes Jahr mit dem vorellenden Beschluss (den sich jetzt auch der BdKJ prinzipiell zu eigen gemacht hat), ein Mehrparteiensystem zu akzeptieren, und tatsächlich existieren in Slowenien, wie gesagt, mehrere politische Parteien. In Kroatien verhält es sich de facto gleich. Hier bestehen «Vereinigungen» nationalkroatischer, sozialliberaler und sozialdemokratischer Richtungen, und nun hat auch die frühere Kroatische Bauernpartei ihre Tätigkeit wiederaufgenommen; die Vermeidung der Selbstbezeichnung als Partei ist nicht mehr vonnöten.

Ende 1989 geschah das «Wunder», dass sich die gesamtjugoslawische Partei von den verpönten Separatisten mitreissen liess. Das zentrale Exekutivkomitee verlangte den Verzicht auf das verfassungsmässige Machtmonopol der Partei und sprach sich für den politischen Pluralismus aus. Dem ausserordentlichen Parteikongress vom Januar wurde ein entsprechender Antrag gestellt.

In den regionalen Konferenzen zuvor war die Trennung deutlich geworden: Während sich die slowenischen und kroatischen Kommunisten einhellig für ein Mehrparteiensystem entschieden, sprachen sich die serbi-

schen Genossen in ihren Versammlungen dagegen aus. Interessant war die Hauptbegründung. Man wandte sich nämlich nicht so sehr gegen das weltanschauliche Konkurrenzprinzip als vielmehr gegen die Gefahr, dass unter der Etikette politischer Parteien eine Sammlung separatistischer Kräfte stattfinden würde, eine Bedrohung des jugoslawischen Bundesstaats. Auf dieser Linie argumentierten insbesondere die serbischen Militärs.

Umgekehrt ist im Verlauf der achtziger Jahre das serbische Selbstbewusstsein zum Problem Nummer eins der andern Nationen geworden. Diese Gefahr sehen durchaus auch einige serbische Politiker und Intellektuelle. Das zentrale Belgrader Parteiorgan «Borba» nannte vor einem Jahr den serbischen Nationalismus «die gefährlichste Erscheinung in Jugoslawien» (25. 3. 1989), und im Juni äusserte sich der serbische Schriftstellerverband ähnlich. Allerdings machte er für nationalistische wie auch für wirtschaftliche und soziale Übel nicht das serbische Volk, sondern die Partei und das System verantwortlich («Borba», 11. 6. 1989).

Von der serbischen Wut auf die Rechte der Autonomen Provinzen haben wir schon gesprochen. Sie hat 1988 und vor allem 1989 zu zahllosen Kundgebungen und Gegenkundgebungen in ganz Jugoslawien geführt. Die (oder diese) Serben erstreben eine Wiederherstellung ihrer Hegemonie an, was wiederum bei den Nichtserben zur Betonung der separatistischen Tendenzen führt. Die jüngsten Unruhen in Kosovo sind ein Beispiel für diese Quittung.

### Weltanschauliche Liberalisierung und föderativer Krach

Der ausserordentliche Parteikongress vom Januar dieses Jahres stand unter einem doppelten Vorzeichen. Einerseits wollte man das Land wie die Partei in gemässigter Befolgung des allgemeinen osteuropäischen Aufbruchs reformieren, liberalisieren und demokratisieren, und andererseits gedachten die serbischen Kommunisten bei dieser Gelegenheit, die Abschaffung der Verfassung von 1974 zu beschliessen und eine Rezentralisierung des Staates vorzubereiten. Beide Motive wurden in einer verführerischen Parole des vorangegangenen ZK-Plenums vereinigt: «Für einen demokratischen Sozialismus und für ein einheitliches Jugoslawien.»

Dass es darüber zur Zerreihsprobe kommen würde, wusste man. Im Unterschied zu früher wurden zum Kongress keine ausländischen Gäste eingeladen.

Der Kongress ist abgebrochen worden, aber mehrere seiner schon gefassten Beschlüsse sind wichtig, so die Einführung des konvertiblen Dinars («konvertibler Sozialismus») spottete die Budapester «Nepszabadsag» am

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

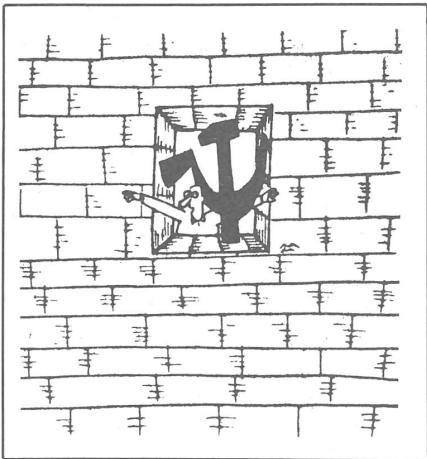
23. 1. 1990). Die Hauptsache aber war der mit nur 28 Gegenstimmen (auf rund 1600 Stimmen) angenommene Beschluss, auf die konstitutionelle Garantie der Führung der KP in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu verzichten. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf, der eine entsprechende Verfassungsänderung bedingt, ist in Auftrag gegeben worden.

Dem entspricht auch die «politische Erklärung» des Kongresses, wonach eine Rückkehr zum «Befehlssozialismus» unmöglich geworden sei. Die KP müsse sich «so rasch wie möglich in eine demokratisierte politische Organisation umwandeln, mit einem Programm des erneuerten Sozialismus». Diesbezüglich hat also der BdKJ den Anschluss an die Entwicklung der osteuropäischen KPs einigermassen geschafft.

Indessen wurden mehrere Anträge auf radikale Systemänderungen abgelehnt, insbesondere der kroatische Vorschlag auf Umwandlung in eine sozialdemokratische Partei. Zum Unvereinbarkeitstest aber gedieh die Frage nach dem Ausmass des Parteiföderalismus.

Die slowenischen Delegierten schlugen vor, die Partei solle sich in ein blosses «Bündnis» von sechs unabhängigen Parteien der Teilrepubliken verwandeln. Das Ansinnen wurde mit 1480 : 160 Stimmen regelrecht abgeschmettert, und nach weiteren Zwischenfällen verliess die slowenische Delegation am 24. Januar geschlossen den Parteitag.

In der Folge wurde der Kongress unterbrochen und soll zu einem späteren Zeitpunkt wiederaufgenommen werden. Die serbische Parteiführung hatte ihn regulär bis zum traktandierten Ende weiterführen wollen, aber für diesen Fall drohten kroatische und bosnische Delegierte ihrerseits mit ihrem Auszug. Wie die Sache ausgehen soll, ist ungewiss, aber die serbischen Hegemonialbestrebungen sind so blockiert, dass sie mindestens auf dieser Ebene als gescheitert angesehen werden dürfen.



«Borba», Belgrad, 29. 1. 1990.

## ZUSAMMENHÄNGE

### Kosovo: Krieg oder Kompromiss?

**Die jugoslawische Provinz Kosovo befindet sich am Abgrund zu Chaos, zu Bürgerkrieg. Ein Kompromiss zeichnet sich derzeit nicht ab, ausser der serbische Parteichef, Sloban Milosewitsch, wird gestürzt.**

Milosewitsch hat sein politisches Schicksal an Kosovo gebunden. Er hat den Serben versprochen, die heute mehrheitlich von Albanern bewohnte Provinz wieder serbisch «zu machen». Kurz, Kosovo den Serben. Diesem Versprechen verdankt Milosewitsch seinen politischen Aufstieg (und baldigen Fall?).

Um Ängste der kleineren Republiken, vorab jene seiner kroatischen Heimat, zu zerstreuen, hatte Josip Broz – genannt Tito – innerhalb Serbiens die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina geschaffen. Technisch gehören die Provinzen zu Serbien, doch in der Praxis geniessen sie die selben Rechte wie die Republiken.

In Kosovo haben die Albaner die Serben verdrängt. Diese Provinz ist die Wiege der serbischen Kultur, die Geburtsstätte des mittelalterlichen Gross-Serbiens. Die serbischen Ängste und Sorgen scheinen begründet. 1981 betrug der serbische Bevölkerungsanteil in Kosovo noch 13 %. Heute ist er unter 10 % «gefallen». Den latenten Nationalismus stachelte und nutzte der Milosewitsch für seine eigenen politischen Ambitionen. Er möchte ein Tito Nr. 2 werden.

Milosewitsch lässt in Kosovo auf Demonstranten schiessen, weil er seine Felle davon schwimmen sieht. Zu Hause wird er zunehmend von den serbischen Intellektuellen, der Geschäftswelt – wegen des Handelboykotts gegen Slowenien – und den Jugendorganisationen kritisiert. In Belgrad bildeten sich jüngst eine Demokratische Partei und eine Bewegung der Demokratischen Erneuerung.

Die konservativen serbischen Kommunisten werfen den Republiken Slowenien und Kroatien vor, die Gewalttätigkeiten in Kosovo zu schüren. Diese Republiken reden weniger der militärischen Gewalt als dem Dialog das Wort. Und auch die Zentralregierung in Belgrad, die sich überwiegend aus Intellektuellen zusammensetzt, strebt «Gespräche mit positiven, demokratischen Kräften» in Kosovo an. Gemeint sind damit drei unabhängige Organisationen in der Kri-

senprovinz, welche Demokratie und freie Wahlen fordern und sich dafür ausgesprochen haben, Kosovo den Status einer unabhängigen Republik einzuräumen.

Milosewitsch und seiner kommunistischen Partei bläst zunehmend nicht nur der Wind des Wechsels aus den anderen Republiken ins Gesicht, sondern auch aus den osteuropäischen Nachbarstaaten. Ihre verbliebene Machtbasis bzw. ihren Allein-Machtanspruch leiteten sie bis anhin von den angeblich bedrohten Nationalinteressen Serbiens ab. Das übrige Jugoslawien will keinen Krieg in Kosovo. *Jacques Baumgartner*

